

Der deutsche Metallarbeiter.

Organ des christlich-socialen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Herausgegeben vom Vorstandsvorstande.

Er erscheint alle 14 Tage.

Für Mitglieder des Verbandes durch die Zahlstellen gratis. — Abonnementspreis für Nichtmitglieder bei der Expedition (Duisburg, Ruhrstraße 15) und bei der Post, Postzeitungspreiskarte Nr. 1944 a, 66 Mfg. vierteljährlich.

Alle Zuschriften, die den Inhalt des Organs betreffen, sowie Einsendungen für dasselbe sind zu richten an den Redakteur F. Wiebe u. Duisburg, Heerstr. 52. Inserate, Neubestellungen, Adressänderungen und Beschränkungen in der Anstaltung sind an die Expedition zu richten. Anfertigungspreis im Voraus zahlbar, für die 4 ersten Nummern 10,00 M., für die übrigen 8,00 M.

5. Jahrgang.

Duisburg, Sonnabend, den 2. Juli 1904.

Nr. 14.

In dem „dunkeln“ Saarabien,

bei den Arbeitern besser bekannt unter dem Namen „Königreich Stumm“, haben in letzter Zeit zwei Aufsehen erregende Prozesse wieder einmal die ungeheuerlichen „patriarchalischen“ Zustände beleuchtet, wie sie in Deutschland gottlob doch wohl nur einzig dastehen, höchstens noch in Oberschlesien ein Gegenstück haben dürften.

Die Angeklagten, in einem Falle ein Redakteur eines Zentrumsblattes, Lehnen, im andern Falle ein Bergmann, Krämer, Mitglied des alten Verbandes, wurden zwar beide bestraft, der Redakteur zu 200 Mk. Geldstrafe, der Bergmann zu drei Monaten Gefängnis. Doch die öffentliche Meinung ist sich darüber klar. Das „patriarchalische“ System im Saargebiet ist verurteilt, trotz Bestrafung der Angeklagten.

Der Redakteur hatte in der Presse die Beeinflussungen und Unregelmäßigkeiten bei der Wahl gekennzeichnet, der Bergmann in 2 Flugblättern der Verwaltung des fiskalischen Bergbaubetriebes, Zahlung von Hungerlöhnen, systematische Ausbeutung der Arbeiter zugunsten des Fiskus, Gefährdung der Sicherheit und Gesundheit der Arbeiter zum Vorwurf gemacht. In dem 10 Tage sich hinziehenden Prozesse wurden von Zeugen, worunter auch Geistliche sich befanden, Dinge zum Vorschein gebracht, die nun auch nur in Saarabien möglich sind. Hauptsächlich handelte es sich um Beeinflussungen bei Wahlen, aber andererseits auch um das Koalitionsrecht. Herr Berggraf Hilger ist nach seiner Aussage Gegner des alten Verbandes, aber auch der christliche Verband wird ferngehalten.

Wie abhängig und verklamt sich dort die Arbeiter fühlen, geht wohl am besten aus der Anfrage eines Zeugen an den Gerichtsvorsitzenden hervor, als derselbe vor der Eidesablegung fragte: Ob er (der Zeuge), wenn er die Wahrheit sage, von der Bergbehörde nicht geschädigt werden könnte. Andere Zeugen mußten ermahnt werden, bei ihren Aussagen nicht den Herrn Berggraf Hilger anzusehen — welcher als Nebenkläger auftrat — sondern den Gerichtsvorsitzenden. Bemerkenswert war es, daß so viele Herren Beamte, welche als Zeugen vernommen wurden, in kritischen Momenten hinter das „Dienstgeheimnis“ sich verschauzten.

Von den Zeugenausagen einige Proben:

Der Bergmann D l b r i bekundete, sein Steiger Schmidt habe ihm nach der letzten Wahl gesagt: „Sie sind beobachtet worden, daß Sie den Briefzettel in die Tasche steckten und hinter dem Stollerkasten einen anderen Zettel in das Kouvert taten. Nun habe ich Ihnen auch dafür getan, daß Sie keinen Anspruch auf Pension haben. Gehen Sie zum Pfarrer und holen Sie sich dort Ihre Unterstützung.“

Der Bergmann K i r s c h hatte sich darüber beklagt, daß nach der letzten Wahl sein Lohn herunter gegangen sei. Da wurde ihm, wie er unter Eid ausfragt, zur Antwort: „Die Bergleute haben es ja so gewollt, jetzt können sie zu Fuchs gehen.“

Ähnlich bekundete der Bergmann G u w i g, daß ihm sein Steiger gesagt habe: „Briege ist der Mann, der euch das Brot gibt, den hättet ihr wählen sollen. Der Pfarrer und der Fuchs können euch kein Brot geben.“

Der ehemalige Bergmann S p e i c h e r von Büttlingen sagte, er habe als abgelegter Bergmann eine Restauration eingerichtet. Die Bergbehörde aber verbot den Bergleuten, bei ihm zu verkehren. Ein Bergmann wurde als Aufpaffer angestellt, um zu melden, wer seine Wirtschaft betrete. Zwei Bergleute, die bei ihm verkehrten, wurden bestraft. Die Wirtschaft wurde ruiniert. Berggraf Hilger suchte dieses Vorgehen zu rechtfertigen

mit der Begründung: Speicher sei Sozialdemokrat gewesen. Das Gegenteil stellte sich heraus. Der Mann trat nun in Privatdienst. Aber auch dahin verfolgte man ihn. Sein neuer Arbeitgeber entließ ihn mit der Begründung, „man wünsche nicht, daß er ihn beschäftigen.“ So mußte der Mann denn Steinhauer werden.

Interessant gestaltete sich die Vernehmung des Steigers D a v i d. Dem hatte der Berginspektor gesagt, bei der nächsten Wahl könne er zeigen, ob er „waschecht“ sei; und er wisse ja, „daß im Bergrevier nur befördert werde, wer waschecht sei“. Der Staatsanwalt übte sich berufen, dem in große Verlegenheit geratenen Berginspektor beizuspringen, indem er ihn fragte, ob er nicht mit „waschecht“ nur gemeint habe, „politisch charaktervoll“. Freudig bejahte das der Inspektor. Die Freude aber war kurz. Der Anwalt Heine fragte ihn nämlich: „Herr Berginspektor, wollen Sie damit sagen, daß ein Beamter auch dann bei der Behörde gut angeschrieben ist, wenn er ein entschiedener Zentrumsmann ist?“ Betreten antwortete der Gefragte: „Nein!“

Kraßer liegt noch der Fall P a u l i. Dieser Steiger bekundete nämlich geradeweg: „Bei der Wahl erteilte mir der Obersteiger den Befehl, im Wahllokal anzupassen, wie und wen die Bergleute wählten.“ Es würde ihm dann noch mitgeteilt, der Befehl komme von der Berginspektion.

Der Kassenbeamte K l o o s berichtete, ihm habe am Tage nach der Wahl sein Bürgermeister gesagt: „Die Gangardener Bergleute sind sich jedenfalls nicht bewußt, was sie essen. Diesen Leuten muß etwas anderes gezeigt werden. Notieren Sie, wer kirikal gewählt haben kann; die Liste geht an die Berginspektion. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Leute für die Zukunft sich bessern.“

Dieses Notieren und Berichten war aber stets in Saarabien eine Kleinigkeit. Eine ganze Reihe von Zeugen berichteten, wie leicht die Aufpasserketten von der Wahlschiffverteilung bis zur Urne standen, und wie scharf aufgepaßt wurde.

Ganz saarabisch mutet es an, wenn die Zeugen von einem Beamten berichteten, daß er seine Leute einfach in geschlossenem Zuge an die Wahlurne führte, nachdem er ihnen die Stimmzettel in die Hand gedrückt hatte. Als es ein anderer Stimmzettelverleiher war, an diese Kolonne heranzutreten, um Stimmzettel zu verteilen, erscholl sofort das Kommando: „Halt, keine Stimmzettel nehmen!“ Und gehorsam wie eine Mamelukenchar tritt die Mannschaft an die Urne, um den befohlenen Stimmzettel abzugeben. Geheimrat Hilger wußte nichts anderes zur Entschuldigung zu sagen, als die Leute hätten Soldaten spielen wollen!

Der Herr Berggraf mußte es sich vorhalten lassen, daß, als einer seiner Vertrauensmänner wegen eines Nothenvergehens vier Monate Gefängnis bekommen hatte, er die beiden Bergleute, die als Zeugen eidlich in diesem Prozesse vorgenommen worden waren, für vier Monate aus der Arbeit ablegte. — Sein schuldiger Vertrauter sagt; drum müssen die unschuldigen Zeugen hungern. „Sind das nicht orientalische Zustände?“ fragte der Verteidiger Rechtsanwalt Heine mit Recht.

Daß auch den Leuten das Zeitunglesen nicht blüht, wurde verboten, sei nur nebenbei erwähnt.

Auch bezüglich der Lohn- und Lebensverhältnisse wurde von manchen Zeugen ein sehr trübes Bild entrollt, besonders auch über das Wohnungswesen. Typisch war wohl der verwundert gestellte Ausdruck des Nebenklägers, ob denn die Leute jeden Tag Fleisch essen wollten? Inzwischen wurden von der Bergverwaltung auch wahre „Spargenie“ vorgeführt, die sich bis zu 20 000 Mark „gespart“ haben sollten.

Das sind so einige Proben, wie im „ibyllischen“ Saargebiet die freie Mannesüberzeugung gesätet, der

Herr im Hause Standpunkt gewährt wird. Das sind die „ägyptischen Fleischtöpfe“, wonach sich viele der großen Großindustriellen überall wieder zurückziehen möchten.

Im Saargebiet beschäftigt der Staat 42 000 Personen, in der Privatindustrie sind 19 000 Personen beschäftigt; vorwiegend kommen Bergleute und Metallarbeiter in Betracht. Interessant ist ein Vergleich der Arbeitslöhne und Kohlenpreise im Saargebiet und des Ruhrbezirks, wie sie nachfolgende Statistik veranschaulicht.

Jahre	Jahres-Arbeitsverdienst		Kohlenpreise pro Tonne	
	Ruhrbezirk	Saargebiet	St. Louis	Saargebiet
1891	1086	1187	11,0	10,4
1892	976	1042	9,8	10,4
1893	946	925	7,6	9,9
1894	961	921	8,7	9,8
1895	968	928	8,1	9,6
1896	1035	966	8,0	9,4
1897	1128	982	8,6	9,7
1898	1175	1016	8,8	9,8
1899	1255	1019	9,1	10,5
1900	1332	1044	10,0	11,9
1901	1224	1042	10,0	12,8
1902	1132	1053	9,7	12,0

Fallen die Preise, so sinken die Löhne rasch. Steigen sie, so sinken sie ganz langsam nach, sodaß sie nicht einmal den Stand vom Jahre 1891 erreicht haben, sondern 84 Mark pro Mann und Jahr niedriger stehen, trotzdem die Kohlen von 10,4 auf 12 M. gestiegen sind.

Die soziale Praxis äußert sich zu dem Prozesse folgendermaßen:

Der Geist des seltsamen Herrn von Stumm geht noch schreckhaft in jener Trugschlacht der Großindustrie um. Noch nicht ein Schimmer von sozialem Verständnis für das Rechts- und Freiheitsbegehren des modernen Arbeiters ist in jene schwarze Kohlen- und Stenwelt gedrungen.

Ein staatlich anerkanntes Koalitionsrecht existiert nicht, das ist nicht nur die Lösung für die leitenden Beamten, es ist der als unabhängiger Hüter des Gesetzes bestellte Staatsanwalt vertrieben unter dem Einfluß der im Saargebiet herrschenden sozialen Atmosphäre zu ähnlichen Behauptungen. Nicht nur vor der „staatsverderbenden Sozialdemokratie“ und den ihnen gleichgestellten Gewerkschaften will man die Angestellten bewahren, nein, überhaupt vor jeder selbstständigen Organisation, vor jedem eigenmächtigen politischen und sozialen Denken und Handeln. So wird der christliche Bergarbeiterverband mit dem Sozialdemokratischen in dieselbe Verdammnis geworfen. Das Wort „Gewerkschaft“ ist nur ein Mantelwort. Die „Dachpresse“ wird nicht geduldet. Selbst eine Versammlung der Vertrauensmänner von den gesetzlich eingerichteten Arbeiterausschüssen, die über die schlepperlehrzeit beraten wollen, wird verboten.

Und zur negativen Abwehr aller nicht genehmten gesellsch. positiven Beeinflussung der Angestellten zu gunsten der oben als wünschenswert erachteten politischen Aktionen. Ein Bevormundungssystem, dem sich die Angestellten mit Furcht und Zittern unterwerfen und das bis in den Gerichtssaal seine Strahlen wirft: ein als Zeuge vernommener Bergmann fragt vor der Vernehmung den Gerichtsvorsitzenden: „Wenn ich hier die Wahrheit sagen kann ich dann abgelegt werden?“

Verrat sich in diesem zum System ausgehauenen Grundfrage: „Wessen Brot ich esse, des Dieb ich umge“ nicht ein Terrorismus zehnfach schlimmer als der unter sozial gleichstehenden Arbeitskollegen von Saargebiet? Sie und da verübte Koalitionszwang, der doch nur auf die Hebung der Berufsfrage abzielt? Erkennt man nicht, daß mit dieser sozialen und politischen Zuchtpolizei die

Martyrium erzogen und ein Boden der Erbitterung geschaffen wird, auf dem die Sozialdemokratie nun fröhlich ihre Saat ausstreuen kann? Nein! Geh. Berggrat Hilger erklärt vor Gericht, „den Kampf noch energischer als bisher fortsetzen“ und „auf diesem Wege weiter fortfahren zu wollen. Die leitende Verwaltung ist überzeugt, mit ihrer patriarchalischen Methode das Beste für die Arbeiter zu wollen und zu tun. Sie weist auf die segensreichen Erfolge ihrer Fürsorgetätigkeit hin. Von 23 000 verheirateten Bergleuten sind 16 000 im Besitz von Haus und Feld, die Verwaltung selbst hat bis Ende 1903 6465 Prämienhäuser erstellt. Aber wie für das materielle Wohl der Arbeiter außerhalb des Dienstbereichs hält sie für nötig auch für ihr „geistiges und politisches Wohl“ zu sorgen, um sie vor den bedenklichen Einflüssen der gegnerischen Gedankenwelt zu bewahren. Was für ein Segen aus solchem Mißbrauch des Autoritätsprinzips erwächst, hat dieser Prozeß klassisch illustriert. Von den Persönlichkeitsrechten, gegen deren Verletzung der moderne Mensch höchst empfindlich ist, bleibt da für den Arbeiter nichts übrig. Kein Wunder, wenn er dann denen nachläuft, die umgekehrt ihm die Selbstherrlichkeit verheißen. Keiner hat mit leidenschaftlicherer Genugtuung die Prozeßverhandlungen mehr verfolgt als die Sozialdemokratie und es würde nicht überraschen, wenn sie die ausführlichen Prozeßberichte als Nr. 3 ihrer Agitationsbroschüren den „Mantelfestschriften“ folgen ließ.

Die Frage ist zuletzt berechtigt: wie ist es möglich, daß eine Arbeiterkaste zu solch feigen, willenlosen Werkzeugen sich erniedrigen läßt, daß Arbeiter, die in ihrem gefährlichen Berufe fast täglich den Tod vor Augen haben, allen Gefahren trogen müssen, in einer geradezu slavischen Furcht vor ihren Vorgesetzten verkrüppelt oder zu Heuchlern werden konnten. Die Arbeiter trifft nicht die Schuld. Es wäre aber jedenfalls der Wahrheit nicht voll die Ehre gegeben, wenn man dafür nur den „Stummigen Geist“ verantwortlich machen wollte. Kleine und große „Stümmlinge“ gibt es auch anderswärts und hat es gegeben; trotzdem haben die Arbeiter den moralischen Mut, Energie und Kraft bewahrt, diese Willkürherrschaft zu brechen, sich ihre Ueberzeugung zu wahren. Wenn es im Saargebiet nicht der Fall ist, liegen die Ursachen unserer Meinung nach tiefer.

Nicht immer war es so. Im Jahre 1893 war eine große Bewegung unter den Saararbeitern; hatten auch eine den Verhältnissen entsprechende starke Organisation — den Rechtschutzverein gebildet — sogar einen großen Kampf gewagt. Derselbe ging verloren. Die Organisation wurde vernichtet; aber nicht vernichtet durch den „Stummigen Geist“ allein, sondern „andere Kräfte“ haben unserer Meinung nach redlich, vielleicht am meisten dazu beigetragen, ob absichtlich oder nicht absichtlich, mag dahingestellt bleiben. Sicher würden die dortigen Arbeiter heute nicht so verkrüppelt, so ganz mannesunwürdig sich bevormunden lassen. Dinge, wie sie der Prozeß enthüllt, wären unmöglich gewesen, wenn den Arbeitern ihre Organisation erhalten geblieben oder eine entsprechende an deren Stelle gesetzt worden wäre.

Die Arbeiter des Saargebietes waren gutwillig erzogene christliche Arbeiter, die sich bekanntlich, wenn nicht organisiert, viel leichter ausbeuten lassen, als sozialdemokratische Arbeiter. Seit zehn Jahren besteht der christl. Bergarbeiterverband, Eingang konnte er nicht finden. Derselbe Geist, der heute noch die christlichen Gewerkschaften im Saarrevier bekämpft und zurückhält, wie alle christlichen Gewerkschaften, dagegen fast- und kraftlose Fachabteilungen der Arbeitervereine an deren Stelle setzen will, die laut Sagen niemals einen Kampf wagen dürfen, indem man den unwissenden Arbeitern den Gewissenskonflikt vorpreibt, ihnen phantastische Zukunftsbilder vorpiegelt, die sich in praktischer Wirklichkeit niemals verwirklichen, trägt nach unserer Ueberzeugung den größten Teil der Schuld, daß die Verhältnisse, wie sie sich heute abspielen, möglich wurden. Eine kräftige, auf Selbsthilfe gerichtete christliche Organisation ist das beste Mittel, den Arbeitern die verloren gegangene Selbstachtung wieder zurückzuerobieren.

Die soziale Gesamtentwicklung

besteht sich ein höchst interessanter Artikel der sozial. Praxis aus dem demnächst erscheinende 2. Band von Schmollers „Grundriß der Volkswirtschaftslehre“. Professor Schmoller gehört zu denjenigen Gelehrten, welcher der Arbeiterbewegung stets objektiv gerecht gegenüberstand, manches Wort zu ihrer Verteidigung eingesetzt hat. Derselbe gehört mit zu den Hauptern der von den Manchestern herübergeführten „Kathedersozialisten“, welche schon in den sechziger Jahren das Eingreifen des Staates zum Schutze des Schwachen das Wort redeten. Auch soweit ein gewisser berechtigter Kern in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung vorhanden ist, wird

dieselbe anerkannt, nur die überspannten, utopistischen, radikalen, revolutionären Bestrebungen finden in ihm einen Gegner. In dem vorliegenden Artikel wird versucht, speziell den Gegensatz zwischen Oben und Unten auszugleichen und zu überbrücken den radikalen Arbeitern, sagt er! Die Politik und die Taktik nicht aller Arbeiter, aber der extrem-radikalen beruht ähnlich wie das immer in der Geschichte der Fall war auf der psychologischen Tatsache, daß ihr Denken und Handeln mehr durch Gemütsaffekte als durch Verstand, mehr durch Instinkt als durch Willkür beherrscht wurde.

Alle extrem-radikalen Parteien haben etwas jugendliches Knabenhaftes. Sie halten sich für die Guten, anderen Parteien und Klassen für die Schlechten. Die Arbeiter sind zunächst nicht recht fähig, die oberen Klassen die Regierenden von innen heraus auch nur zu begreifen. In ihrer Berührung, in ihrer Spannung auf den Sieg des Proletariats können sie nicht verstehen, daß jede Partei und jede Klasse, um ohne gewaltsamen Umsturz oder um überhaupt dauernd ihre Ziele zu erreichen, sich auf bestimmte erreichbare Zwecke beschränken muß, während dieses beschränkten Kampfes all- andere Gebiete und Einrichtungen des Staats und Gesellschaftslebens gleichsam als eine Sphäre des Gottesdiensts betrachten muß. Die historische Wahrheit, daß jede höhere Kulturstufe auf einer Mischung und Verschmelzung heterogener Institute, z. B. demokratischer und aristokratischer, republikanischer und monarchischer beruht, ist ihnen verschlossen. Den ganz berechtigten demokratischen Zug der Zeit übertreiben sie bis zur Karikatur, bis zum Rückschritt um Jahrhunderte.

Den Scharfmachern und den oberen Klassen wird entgegengesetzt: „Die Vorstellung, daß die ganze gesellschaftliche und politische Organisation der Arbeiter ein Uebel sei, verkennt, daß man die von unten aufsteigenden Klassen, wie einst die Zunftmeister, später die Gewerkschaften, nur durch Organisation vernünftig machen und erziehen kann. Daß sie nur hierdurch Führer bekommen, denen sie gehorchen, die mit der Staatsgewalt und den übrigen Klassen, wenn nicht schon heute so doch in der Zukunft unterhandeln. Es gibt nur eine Wahl: entweder man brückt die ganze Arbeiterwelt wieder auf das Niveau von rechtlosen Sklaven und Hörigen herab, und das ist unmöglich (die Arbeiter würden es sich auch nicht gefallen lassen. D. Red.) oder man erkennt sie als gleichberechtigte Staatsbürger an, hebt ihre geistige und technische Bildung, läßt sie sich dann aber auch organisieren, räumt ihnen den Einfluß ein, den sie brauchen um ihr Interesse zu wahren. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß nur diese Organisation der Arbeiter die Regierenden und die Besitzenden so nachdrücklich an ihre sozialen Pflichten erinnert, daß eine ernste Sozialreform in Angriff genommen wurde, die sich geltend machenden Stimmern der Wissenschaft, der Kirche der Humanität, waren in den Tagen des Tanzes um „das goldene Kalb“ viel zu schwach. Die selbstbetreffende Organisation des Arbeiterstandes an sich, ist der Ausdruck der weltgeschichtlichen Tatsache, daß die Menschheit eine Kulturhöhe, die auch die unteren Klassen nicht mehr zum Fußgestell der oberen, sondern zu einem selbstbewußten aktiven Gliede des Gesamtorganismus machen will und kann.

Der gesamte Inhalt der Abhandlung ist besonders für uns christl. Gewerkschaftler höchst lehrreich, weil wir einerseits nicht zu den Revolutionären, andererseits aber auch nicht zu denen gehören, welche sich zum „passiven Fußgestell“ der „Oberen“ gebrauchten zu lassen gewillt sind, weshalb wir denselben nachstehend folgen lassen:

Was den sozialen Entwicklungsengang betrifft, so steht der sozialistischen optimistischen Hoffnung auf ein Verschwinden aller Klassengegenstände die pessimistische Lehre gegenüber, die nur eine zunehmende Steigerung der Klassengegenstände in der Geschichte findet. Der sozialistische Gedanke setzt ein Verschwinden aller Arbeits- und Berufsstellung, aller Unterchiede der Rasse, der Talente, der Begabungen, eine Beseitigung von Stadt und Land, eine Vernichtung aller Höherbegabten wie ein Verschwinden aller höheren und geringen Kräfte, womöglich ein künstliches Züchtungssystem voraus, das lauter gleiche Menschen des Mittelstrags schaffe. Wir sehen nicht, wie es da noch einen Fortschritt gäbe; noch weniger wie, durch welche Ursachen und Institutionen wir jemals zu einem solchen Zustand kommen könnten.

Aber auch eine stets zunehmende Klassenverschiedenheit ist historisch nicht nachweisbar; sonst müßten in den heutigen Staaten die unteren Klassen so tief stehen wie die Australnegere o. Feuerländer. Glieder desselben Volkes, derselben Völkergemeinschaft werden stets durch Nüchternheit, Sprache, fröhliche geistige und materielle Vertheilung und Nachahmung auf einander wirken. So sehr stets einzelne und ganze Klassen zeitweise in jedem Volke emporkommen und als Aristokratie sich behaupten, so sehr sinken auch wieder in der Folge in Aufsteigen der Mittel- und unteren Klassen, ein Ausgleichungsprozess statt. Die drei Bewegungstendenzen können sich teils partiell zu gleicher Zeit, teils und in der Regel werden sie hintereinander nacheinander sich geltend machen; beide folgen mit Notwendigkeit aus psychologischen und gesellschaftlichen Ursachen. Außerdem werden wir behaupten können, daß über ein gewisses Maß der Spaltung, die Klüft zwischen höheren und niederen Klassen nicht gehen können, ohne daß die Völker darüber durch mörderische Kämpfe zu Grunde gehen. Der Fortschritt der Menschheit an

Geistes- und Gemütskräften, an Wohlstand und Technik, an Recht und Moral schließt also jedenfalls in sich, daß auch die unteren Klassen der voranschreitenden Völker ihren Anteil daran haben; es ist nur die Frage, wie groß er sei, wie stark zeitweise die Differenzierung der Klassen wachsen, die Ausgleichung zurücktreten könnte. Und da scheint uns die Geschichte doch die Antwort darauf zu geben, daß die älteren größeren Erbschaftsstaaten mit ihrem Kasten- und Sklavenwesen, ihren Eheverböten, ihrer strengen, rechtlichen Klassensegregation, ihrer Erblichkeit der Berufe, ihren Menschenopfern, ihrer hohen Mitleidslosigkeit viel größere Gegensätze kannten als die antiken Kulturstaaten, diese mehr als die neuere Zeit. Wir haben heute nirgends eine Klassenherrschaft der Reichen, wie sie in Griechenland und Rom vorkam, auch keine zeitweise Vöbelherrschaft, kein Verschwinden der Mittelstände wie damals, weil wir als Erben der griechisch-römischen Kultur ein viel höheres stehendes Recht und viel selbständigere, fester Staatsgewalten, selbst in den Republiken haben. Wir haben heute in den Kulturstaaten homogenere Rassenverhältnisse, gleichmäßigere Bildungs- und Gesittungsverhältnisse, trotz aller neuen Zunahme der Gegensätze. Nirgends herrscht heute der große Grundbesitz oder die Kapitalistenklasse wie damals, und nirgends ist der Arbeiterstand so entrechtet, so tiefstehend, wie es die antiken Sklaven waren, so schlecht und politisch unfähig, wie der damalige Stadtvöbel, so mord- und beutegierig wie die antiken Goldherrscher.

Die Ursachen sind im ganzen einfach: die geistigen und sittlichen Fortschritte haben sich im Laufe der Geschichte immer mehr auf alle Klassen ausgebreitet; die geläuterten Religionsysteme, in Europa das Christentum, beherrschten bis vor kurzem die gesamten Völker ziemlich gleichmäßig. Der Gesamtwohlstand ist so gewachsen, daß der größere Reichtum der oberen Klassen doch Raum auch für die bessere Lebenshaltung der unteren läßt. Alles Recht, alle politischen und wirtschaftlichen Institutionen sind humanisiert, haben die erbarmungslose Härte der älteren Gesellschaftszustände abgestreift. Die Rechtsgleichheit, die freie Berufswahl, die Niederlassungsfreiheit, die Ehefreiheit hat überall Bemühungen, Fortschrittsmöglichkeiten, Blutmischungen zugelassen, die früher fehlten. Hat die antike Kultur schon mit Weltreligionen und Weltsprachen geendigt, so hat heute der Weltverkehr eine sozial föderliche Einheit des geistigen und materiellen Lebens geschaffen, er hat die Anfänge eines Weltrechtes, die rasche Nachahmung aller sozialen Fortschritte von Volk zu Volk, wie z. B. die Beseitigung der Sklaverei, die Arbeiterausgleichs- ins Leben gerufen, was noch vor zwei- bis dreihundert Jahren undenkbar war.

Es wächst mit der höheren Kultur zwar stets auch der Individualismus, der Egoismus, der Erwerbstrieb; aber ebenso bilden sich die gesamte höheren Gefühle, die Sympathie, das Mitleid, die Mitempfindung mit Nichtverwandten, mit Berufsgenossen, die Vaterlandsliebe, das soziale Pflichtgefühl aus. Je dichter die Menschen wohnen, desto mehr lernen sie Rücksicht auf einander nehmen. Die Bedürfnisse, die Sitten, die Lebensgewohnheiten, die Umgangsformen werden einheitlicher. Wie jeder heute jeden mit „Sie“ anredet, so ist an der Kleidung der Millionär oft kaum vom Arbeiter mehr zu unterscheiden. Die Zunahme städtischen Lebens steigert den Gleichheitsdrang und die Gleichheitsidee; die zunehmende politische Freiheit läßt die Verantwortlichkeit wachsen; mit der zunehmenden Arbeitsteilung entstehen stets auch wieder Solidaritätsgefühle. Die steigende Einsicht in die Zusammenhänge der Gesellschaft macht die Menschen rücksichtsvoller. Vor allem aber greift der soziale Erziehungsprozess, wie ihn die höhere Kultur gestaltet hat, tief in die soziale Ueberzeugung ein. Solange es keine andere Erziehung gibt als durch die Eltern oder die von ihnen bezahlten Lehrer, bleibt der Fortschritt im engsten Kreise der Aristokratie, steigert er sich nur in der bereits höher stehenden Familie. Anders wird es mit allem Schulwesen. Der größte soziale Reformator des Altertums, Solon, ging, nachdem er die Schuldnerechtslosigkeit beseitigt, die Ehre des Gewerbetreibers gehoben hatte, daran, die bisherigen aristokratischen Schulen und gymnastischen Übungsplätze dem größeren Teil des Volkes zugänglich zu machen. Eine demokratische Schulreform sollte der Schlüsselstein der sozialen sein. Die kundigen heutigen englischen Verwaltungsbeamten Indiens, die einsehen gelernt haben, daß jeder direkte Kampf gegen das Kastenwesen unmöglich sei, sprechen neuerdings die sicherste Hoffnung aus, daß es dem vordringenden Schulwesen gelingen werde, es in absehbarer Zeit zu beseitigen. Und es ist klar, nur eine allgemeine gesellschaftliche Organisation des Unterrichts für alle, wie sie im Keime mit der christlichen Kirche gegeben war, wie sie für die höheren Stände schon im Mittelalter entstand, wie sie dann von dem Reformator für das ganze Volk erstreckt, von den im geschrittensten Staatsgewalten, hauptsächlich den deutschen in den letzten hundert Jahren endlich in unserer Volksschule neben den höheren Schulen durchgeführt wurde, ermöglicht zunächst eine gewisse Freiheit der Berufswahl, gibt die Möglichkeit, die Talente der unteren Klassen in höhere Schulen zu bringen, beseitigt den schroffen sozialen Gegensatz, welcher die stärkste Abhängigkeit bedingte. Nur auf der nämlichen Vernachlässigung der staatlichen Pflichten im Schulwesen beruhte die Verkommenheit des englischen Arbeiterproletariats in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts; schon R. Owen sah den Schwerpunkt der sozialen

Reform in Schulen für die Arbeiterkinder. Nicht die Schule allein, aber sie doch wesentlich und in Verbindung mit den anderen Mitteln und Einrichtungen körperlicher, intellektueller und moralischer Zucht beherrscht die Zukunft mit den anderen Mitteln und Einrichtungen körperlicher, unserer unteren Klassen. Je weiter unser ganzes Bildungs- und Unterrichtsweesen sich löst von der Familie, je mehr es sich als eine große selbständige Organisation in den Händen des Staates, der Gemeinden, der Korporationen, der Vereine gliedert, je mehr neben die Volks- die Fortbildungsschule, die Fachschulen, die Kunst- und Gewerbeschulen für alle Arbeiter, Werkmeister, für den ganzen Mittelstand wachsen, desto mehr werden den ungünstigen erblichen Klasseneinflüssen Gegengewichte geschaffen. Wo man ein breites kirchliches und Privatschulwesen zulässt, wird die ganze Institution weniger einheitlich werden, als wo der Staat mehr oder weniger das Schulwesen in der Hand hat.

Wir werden deshalb nicht heute schon, wie demokratische Optimisten glauben, behaupten können, alle erbliche Ueberlieferung höherer Eigenschaften trete gegen die Erziehungsbeeinflüsse ganz zurück, es habe sich heute schon jene starke Diebsamkeit aller körperlichen und geistigen Eigenschaften gebildet, die gestatte, aus jedem Individuum alles zu machen. Aber sicher ist, daß Schule, Presse, Theater, öffentliche Meinung auf die ganze Bevölkerung mehr und mehr einen einheitlichen nivellierenden Einfluß ausüben. Es ist ein geistiges Fluidum entstanden, das in alle Poren dringend die Gesellschaft gewissermaßen demokratisiert. Am stärksten ist neuerdings die Bevölkerung der von Europäern kolonisierten Gebiete nivelliert, wo das europäische Prätoriat und die europäische Aristokratie fehlt, wo eine allgemeine Volks-, aber noch keine höhere Schul- und Geistesbildung vorhanden ist, wo eine Auslese der kräftigeren Einwanderer und Kolonisten einen sehr breiten Mittelschlag zum Typus der ganzen Bevölkerung macht; hier treffen wir eine ganz nivellierte demokratische Gesellschaft trotz viel größerer Gegensätze des Vermögens als in Europa. Auch die Schweiz zeigt im Zusammenhang mit ihrem Schul- und Bildungsweesen ähnliche Züge.

Sind so das staatliche geordnete Schulwesen und, wie wir im vorigen Paragraphen sahen, die ganzen Rechts- und Verfassungsrichtungen, die Haupthebel für den sozialen Fortschritt, so kommen natürlich die gesamten Wirtschafts-, zumal die eigentlich sozialen Institutionen nicht weniger in Betracht. Ist es ja doch der Grundgedanke unseres ganzen Grundrisses, daß die sozialen Institutionen es seien, die immer verbessert, immer mehr ethisiert, das Naturspiel der Gewerkschaften, die Beutegeier der Starke, der Reichen, die steigenden wirtschaftlichen Verschiedenheiten des Einkommens und ihre Ursachen immer wieder in gewisse Schranken weisen. Wie haben oben schon gezeigt, daß zwar aller Fortschritt von Streit und Kämpfen begleitet sein muß, daß der Preis des Fortschrittes der Untergang der zu schwächeren, zu unvollkommenen Individuen und sozialen Gruppen sei, daß aber wie im internationalen Kampfe, so auch im nationalen die Friedensordnung wächst, die Kampfarten und Kampfmittel immer mehr eingeschränkt werden. Daß an die Stelle der brutalen Niederwerfung die Entscheidung von Schiedsgerichten resp. die einer gerechten Staatsgewalt trete, daß die Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse sich mehr und mehr in solche der Anpassung, Vertraglichkeit, der Erziehung und sittlichen Wechselwirkung verwandeln, daß immer wieder auch die unteren und mittleren Klassen sich teils selbst emporheben, teils vom Staate geschützt und gehoben werden.

Man muß nur mit Jahrhunderten rechnen, um zu sehen, wie die ägyptisch-attische Buchergesetzgebung, von Caesar nach Rom übertragen, das ganze Mittelalter beherrscht hat, nach der kurzen Verdrängungszeit 1850-80 jetzt wieder aufersteht und im Begriff ist, auf das ganze Privatrecht sich auszudehnen. Man muß in bezug auf den Kleinbauernschutz sich erinnern, wie er in der älteren Blütezeit Griechenlands und Roms vorhanden war, von den späteren Römern wieder aufgenommen wurde, wie dann die Kirche und die agrarischen Wissenschaften selbst ihn in die Hand nahmen, wie das erstarkende Königtum ihn vom 16.-18. Jahrhundert wenn auch nicht überall, aber doch mannigfach handhabte, wie im 19. Jahrhundert die reformatorischen Agrargesetze von 1807-50, das irische Pachtrecht von 1870 an, das amerikanische Heimstättenrecht und seine kolonialen Nachahmungen mit ähnlicher Tendenz eingriffen und wirkten. Sollen wir hier noch daran erinnern, wie Jahrhunderte lang das Zünftsweesen und die hausindustriellen Reglements die kleinen Gewerbetreibenden schützten, hoben, erzogen? daran erinnern, wie die heutige Hebung des Arbeiterstandes auf seinem Verbandsrecht, seinen Gewerksvereinen und Schiedsgerichten, seinen Genossenschaften, seinem Versicherungsrecht, seinem Arbeitsnachweis, sowie auf dem Arbeiterschutzrecht und den neuen kollektiven Arbeitsverträgen, endlich auf seiner durch das heutige Recht zugelassenen politischen Organisation, seiner Vertretung in Parlamenten und lokalen Verwaltungen ruht? Sollen wir wiederholen, was wir oben über die zunehmende Beschränkung der ganz freien Konkurrenz, über die Zunahme von Gemeinde- und Staatsämtern, über die veränderte Rechtsverfassung der privaten Betriebe sagten? Die große Unternehmung wird, wie wir zu zeigen suchten, in gemeinschaftlich-gesellschaftlichen Formen mehr und mehr eine halb öffentliche,

durch wirtschaftliche und staatliche Organe, durch die Öffentlichkeit kontrollierte Anstalt.

Sind das nicht lauter tiefensinnige Umbenennungen unserer sozialen Institutionen, die alle dahin wirken, die brutalen Klassenkämpfe einzuschränken, die Schwachen zu heben, den Machtgebrauch der Starke einzuschränken, die Mittelstände nicht so leicht sinken zu lassen wie früher? Niemals früher ist es wie im 19. Jahrhundert die Lage der unteren Klassen untersucht worden; niemals früher hat die Deffentlichkeit sich so mit ihnen und der Verbesserung ihrer Lage beschäftigt; nie war ihr politischer Einfluß und ihre Macht so groß, wenn auch andere Zeitalter in kleinen Republiken viel demokratischere Verfassungen hatten.

Daß freilich mit all dem die sozialen Mißstände der Gegenwart überwunden werden, folgt noch nicht mit Notwendigkeit aus den geschilderten Institutionen und geistigen Bewegungen. In jedem einzelnen Volke kommt es zugleich darauf an, in welchem Tempo die Bevölkerung zunehme, die wachsende zu Hause oder in Kolonien, durch Abzug auf fremden Märkten reichlich zu beschäftigen sei, ob der technische Fortschritt andauere, und die wirtschaftliche Existenz weiter erleichtere, vor allem auch ob die Macht des einzelnen Staates in der Staatengesellschaft zu- oder abnehme, ob sein Verfassungsleben glücklich verlaufe, ob die inneren Kämpfe das Land so schwächen, daß es zurückgehe, oder gar Beute fremder Eroberer werde, ob die soziale Versöhnung gelinge, ob die großen Staatsmänner und Parteiführer erscheinen, die die Leidenschaften des Tages beherrschend, neutralisierend, abkämpfend, sie herbeizuführen im Stande seien.

Dies führt uns auf die Frage, wie die heute vorhandenen sozialen Spannungen und Kämpfe verlaufen werden. Eine sichere Antwort ist darauf weder für das einzelne Land, noch für unsere ganze heutige Kulturwelt zu geben. Aber einige Wahrscheinlichkeiten wird man doch aussprechen können, hauptsächlich über den Kampf des Proletariats, der Sozialdemokratie mit den oberen Klassen, speziell den Unternehmern, dann auch mit den bestehenden Regierungen, wenigstens über seinen Verlauf in den nächsten Jahrzehnten.

Wir haben heute noch mancherlei Stimmen, welche in der Entstehung der sozialdemokratischen Partei nur ein Unglück und eine Verirrung, in ihrem möglichen Siege das Ende aller höher-n Zivilisation, den Rückfall in die Barbarei sehen. Sie wollen lieber heute als morgen die Sozialdemokratie, ihre Presse und Organisation gerichtlich unterdrücken, das allgemeine Stimmrecht aufheben, im Sinne der Scharfmacher, des Großkapitals und des Grundbesitzes regieren. Jede brutale Revolution der Arbeiter könnte heute bei uns wie anderswärts ein solche Reaktion erzeugen; sie könnte aber auch leicht die Blüte unserer Volkswirtschaft vernichten. Ohne provozierende Revolution ist unten, wäre eine solche Reaktion im Staate der allgemeinen Schulpflicht und der allgemeinen Wehrpflicht, in einem Staate, der fast 40 Jahre das allgemeine Wahlrecht gehabt, ein frivol und falsches Experiment. Die Vorstellung, daß die ganze politische und berufliche Organisation der Arbeiter ein Uebel sei, verkennet, da man die von unten aufsteigenden Klassen, wie einst die Funkenmeister, später die Gefellen, nur durch solche Organisationen veranfaßt machen und erziehen kann, daß es nur hierdurch möglich ist, ihnen die Befehle zu geben, die mit der Staatsgewalt und den übrigen Klassen wenn nicht schon heute, so doch künftig unterhandeln. Es gibt nur eine Wahl: entweder man drückt die ganze Arbeiterwelt wieder auf das Niveau von rechtlosen Sklaven und Hörigen herab, und das ist unmöglich, oder man erkennt sie als gleichberechtigte Staatsbürger an, hebt ihre geistige und technische Bildung, läßt sie sich dann aber auch organisieren, räumt ihnen den Einfluß ein, den sie brauchen, um ihre Interessen zu wahren. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß nur diese Organisation der Arbeiter die Regierenden und die Besitzenden so nachdrücklich an ihre sozialen Pflichten erinnerte, daß eine ernste Sozialreform in Angriff genommen wurde; die sich geltend machenden Stimmen der Wissenschaft, der Kirche, der Humanität waren in den Tagen des Tanzes um das goldene Kalb viel zu schwach. Die selbstbewusste Organisation des Arbeiterstandes an sich, ist der Ausdruck der weltgeschichtlichen Tatsache, daß die Menschheit eine Kulturhöhe erreicht hat nie nie früher, eine Kulturhöhe, die auch die unteren Klassen nicht mehr zum passiven Fußgestell der oberen, sondern zu einem selbstbewußten aktiven Gliede des Gesamtorganismus machen will und kann.

Stills wurden die Stimmen der reaktionären Heißhorne immer seltener; man hört immer seltener die harten Entrüstungsworte über die Partei des Umsturzes, die Worte der Glenden und Ähnliches. Große Staatsmänner wie Bismarck und alle ruhigen Beobachter haben längst von dem berechtigten Kern der sozialdemokratischen Forderungen gesprochen. Andere Staaten, zumal die mit stärkerer Demokratisierung ihrer Staatseinrichtungen, haben seit Jahren begonnen, Kompromisse mit den Arbeiterorganisationen einzugehen, haben Arbeitsverträge in die Regierung gerufen.

Ein Teil derer, die gleiches für Deutschland fordern, glauben einen guten Ausgang prophezieen zu können, auf Grund der Veränderung die innerhalb der sozialdemokratischen Partei sich heute schon vollzogen habe. Gewiß ist die Ueberzeugung der Führer seit dem kommunistischen Manifest von 1848, ist auch die Partei selber

schon eine andere, gemäßigtere geworden. Die Partei hat in Deutschland 1891 scheinbar ganz die Marxischen Prinzipien anerkannt, und doch hat gerade seither Engels (1895) den blutigen Revolutionsgedanken widerrufen; ihre wissenschaftlich gebildeten Führer lassen die Verelendungstheorie, die sozialistische Krisentheorie, die Theorie von der wachsenden Kapitalanhäufung in den Händen einiger mehr oder weniger fallen. Marx' dritter Band (1894) trug am meisten dazu bei, die Mehrwerttheorie als ein Gedankenphantom zu offenbaren. Der energische Kampf um die politische Macht, d. h. zunächst um eine größere Stimmenzahl im Parlament und Gemeinde, ist eigentlich an sich schon ein Verzicht auf die Revolution, ein Uebertritt auf den Rechtsboden des heutigen Staates.

Aber jeder solche Umbildungsprozess kann nur ein sehr langsamer sein. Zunächst herrschen noch die äßern extremen leidenschaftlichen Führer und suchen die Massen für Revolution und Vernichtung der bestehenden Gesellschaftsordnung zu entflammen, obwohl sie sehen, daß eine Straßenrevolte nur der Reaktion dienen, Glend und Not unter den Arbeitern verbreiten würde, obwohl sie wissen, daß die Arbeiter heute unfähig wären, die Leitung der Produktion in die eigene Hand zu nehmen. Hier liegt die Gefahr der extrem radikalen Bewegung: es trägt sich, ob nicht auch einent Bebel und Singer rasch die Zügel entgleiten, auf noch radikalere Gewossen übergehen würden. Katastrophen und blutige Kämpfe sind also gewiß nicht ganz ausgeschlossen, zumal wenn in der entscheidenden Stunde schwache Staatsmänner an der Spitze ständen. Aber solche Katastrophen können ebenso gut vermieden werden, wenn man anstatt gewalttätiger Unterdrückungsversuche fest den Frieden in der Gesellschaft aufrecht erhält und ohne äußere Einmischung in die sozialdemokratische Partei die steigende wirtschaftliche, geistige und moralische Hebung des Arbeiterstandes fördert, den vernünftigen Politikern in der Partei den Sieg über die Demagogen erleichtert. Dann wird auch nach und nach der blinde Haß gegen alle anderen Klassen und alle Staatsautorität sich mildern; dann werden auch die falschen politischen Ideale, die heute die Sozialdemokratie noch beherrschen, sich soweit modifizieren, daß die Arbeiter fähig werden, mit den anderen Klassen und der Regierung praktisch zusammen zu wirken.

(Schluß folgt.)

Die Erwerbstätigkeit der Frauen in Deutschland.

Wie sehr auch das weibliche Geschlecht in den Wirbel des modernen Erwerbslebens hineingezogen ist, lassen folgende Zahlen erkennen. Es gibt heute in Deutschland im ganzen 6 Millionen 578 350 weibliche erwerbstätige Personen, die Dienstboten eingerechnet, das ist ein Viertel der gesamten weiblichen Bevölkerung Deutschlands. Davon sind 4 Mill. 545 824 ledig (davon 605 118 bis zu 16 Jahren alt), 1 Million 57 595 verheiratet und 974 931 verwitwet. Von diesen sind beschäftigt: in der Landwirtschaft 2 Mill. 479 417 (verheiratet 615 301, ledig 1 Million 877 787, verwitwet 486 329); in der Industrie 1 Million 416 105 (verheiratet 250 666, ledig 948 806, verwitwet 221 634); im Handel 554 083 (verheiratet 129 176, ledig 298 391, verwitwet 126 486); in der häuslichen Lohnarbeit (Aufwarte-, Putzfrauen, Ausgeberinnen usw.) 218 367 (verheiratet 28 595, ledig 106 768, verwitwet 83 004); in den freien Berufen (Angestellte in religiösen Anstalten, Lehrerinnen, Hebammen, Sekretärinnen, Schriftstellerinnen, Künstlerinnen usw.) 175 184 (verheiratet 22 643, ledig 134 351, verwitwet 18 190); als Dienstboten 1 Mill. 130 131 (verheiratet 11 214, ledig 1 Mill. 79 609, verwitwet 39 308). Ueber ein Viertel sämtlicher verheirateten, deutschen Frauen und über die Hälfte der deutschen Wittwen müssen erwerbstätig sein, um ihre Noth zu haben. Dabei deuten alle Anzeichen darauf hin, daß die Sorge um das tägliche Brot von Jahr zu Jahr noch mehr Frauen in das Erwerbsleben treiben wird: einerseits, daß sie nicht zur Verheiratung kommen, und andererseits die Sorge um das tägliche Brot für die Familie, welches der Mann nicht mehr allein bestreiten kann, gezwungen wird. Man sagt zwar immer: die Frau gehört ins Haus; bleibt aber so lange eine leere Phrase, als sie „im Hause“ nicht ihr Brot findet. Der Kapitalismus hat sich alles dienstbar gemacht, Mann, Weib und Kind.

Wieviel Menschen giebt es auf der Erde?

Man nimmt an, daß die Erde gegenwärtig von 1 450 000 000 Seelen bewohnt wird und diese Zahl liegt eher unter als über der Wirklichkeit. Hier, dessen Bevölkerung in gewissen Distrikten (China und Sibirien) sehr dicht ist, zählt 800 Millionen Einwohner, Europa hat deren 320 Millionen, Afrika ungefähr 210 Mill., Amerika trotz seiner Größe nur 110 Millionen, Australien und Ozeanien ca. 10 Millionen. Die Sterblichkeitsziffer dieser großen Menge ist täglich 97 643 oder in der Minute 67 Personen.

Die Geburtsziffer erreicht dagegen 36 792 000, oder für den Tag und Minute 100 800 bzw. 70 Menschenleben.

Von diesen 1450 Millionen Menschen leben noch 700 Millionen nur teilweise bekleidet, in Hütten oder Stöhlen und 250 Millionen leben ohne feste Wohnungen und ohne jegliche Kleidung.

Trotzdem zerbrechen sich unsere Volkswirtschaftler die Köpfe, wo für die Industrie auf die Dauer Absatzgebiete zu schaffen seien.

Kann eine ganze Straße für einen Streikposten gesperrt werden?

Dem Gürtler- und Druckstreik in Berlin war ein Streikposten der Aufenthalt in einer Straße verboten worden. Der Angeklagte hatte sich unter Berufung auf das Koalitionsrecht dem polizeilichen Verbot nicht ohne weiteres gefügt; er war darauf sistiert und mit dem üblichen Strafmandant bedacht worden. Von der Staatsanwaltschaft wurde geltend gemacht, die Polizei habe dem Streikposten mit Recht den Aufenthalt in der ganzen Straße verboten, weil Ausschreitungen von Streikposten den Arbeitswilligen gegenüber vorgekommen seien. Daraufhin hat das Gericht umfassende Recherchen angestellt, ob und welcher Art diese behaupteten Ausschreitungen gewesen sind. Ermittelt wurde jedoch nur, daß während der ganzen Dauer des Streiks nur ein einziger Fall vorgekommen ist, wo ein Streikposten wegen einer kleinen Beleidigung eines Arbeitswilligen zu einer geringfügigen Geldstrafe verurteilt worden ist. Infolgedessen erkannte das Gericht nunmehr auf Freisprechung unter folgender Begründung: Der Umstand, daß einmal ein Streikposten wegen einer kleinen Beleidigung zu einer geringen Geldstrafe verurteilt sei, könne die Polizei unmöglich zur Sperrung einer ganzen Straße für Streikposten berechtigen. Es müßten sonst folgerichtig alle Straßen gesperrt werden, in denen irgendwer einmal irgendjemanden beleidigt habe und deswegen zu ein paar Mark Geldstrafe verurteilt worden ist. Da eine solche Maßregel natürlicherweise nicht erfolgen kann, so sei es auch im Falle eines Streiks, wie hier, nicht anständig, um irgend einer geringfügigen Ursache willen das Streikpostensehen zu verbieten.

Der Verbandstag der evangelischen Arbeitervereine

Tagte am 24. Mai in Frankfurt am Main. Es wurde auf Antrag des mittelhessischen Verbandes beschlossen, sämtlichen Mitgliedern evangelischer Arbeitervereine den Beitritt nur zu den christlichen Gewerkschaften zu empfehlen. Hoffentlich macht man nun auch allwärts ernst, damit das Verbot, welche bis jetzt in vielen Kreisen gegen die christlichen Gewerkschaften bestand, beseitigt wird.

Bezüglich eines Angriffes der Frankfurter Oberzeitung auf die christlichen Gewerkschaft, schreibt der evangelische „Markener“ christl. soziales Wochenblatt: Raum hat die Reichstagswahl in Frankfurt-Debus stattgefunden, wo die Evangelischen Arbeitervereine Mann für Mann für den Nationalliberalen Balfemann eingetreten sind, so erfolgt jetzt seitens der „Frankfurter Oberzeitung“ ein Angriff auf die christlichen Gewerkschaften. Es ist einfach nicht wahr, daß die christlichen Gewerkschaften von der kathol. Geistlichkeit gegründet sind. Es ist eine Verdächtigung sondergleichen, wenn die „Frankfurter Oberzeitung“ behauptet nur nach ihren Statuten ständen diese Gewerkschaften auf interkonfessionellen christlichem Boden. Die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften erhält schon allein aus der Tatsache, daß dieselben mit 189 000 Mitgliedern auf dem Frankfurter Arbeiterkongreß vertreten waren, den der Reichszentralrat als „willkommene Erscheinung“ bezeichnete. Just zur selben Zeit, als die Frankfurter Oberzeitung die christlichen Gewerkschaften angreift, bezeugt der Gesamtverband evangel. Arbeitervereine in Frankfurt a. M. die Solidarität der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, in dem er sich für die christlichen Gewerkschaften ausspricht. Für einen christlichen Arbeiter, der Tag um Tag mit den Notheiten und Gefahren der Erörter von der freien Arbeit zu kämpfen und zu leiden hat, sind derartige Angriffe der „Frankfurter Oberzeitung“ einfach empörend.

Wir freuen uns über solche Stimmen aus evangelischen Kreisen; hoffentlich gewinnen sie mehr und mehr die Oberhand.

Der deutsche Arbeitgeberverband

hat in der fünftägigen Sitzung vom 6. Juni die Wahlen vollzogen. Der Vorstand besteht unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden, des Zentralverbandes Hüttenbesizers Kowalski, Sulzbach, Mitglied des Herrenhauses, Kommerzienrat Graf Luigsburg; Geheimrat Kommerzienrat Kirdorf, Hellenknecht; Geheimrat Kommerzienrat Arenig, Berlin; Beirat Dr. Ing. Kieppel, Nürnberg; Landrat a. D. Metzgera Eisen; Geheimrat Kommerzienrat Vogel, Chemnitz; Kommerzienrat Borfer, M. d. N. Köln; Generaldirektor Berminghoff, Berlin.

Der Ausschuß setzt sich zusammen: Kommerzienrat ... Dr. Baumer, ...

zientrat Dietel, Kohnmannshof; Kommerzienrat Bierig, Oberlangenbie, Bergmeister Engel, Eisen; Berggraf Fabian, Kommerzienrat Heckmann, Berlin; Fabrikbesitzer Lauderich Mühlhausen; Geheimrat Finanzrat Leipold, Wachen; Kommerzienrat Dupprian, Braunschweig; Fabr. Bes. per Went, M. d. N. Altna; Fabrikbesitzer Ed. Meher, Wachen; Kommerzienrat Schlumberger, M. d. N. Mühlhausen; Kommerzienrat Ziegler, Oberhausen. Ferner wurde über die Höhe der zu erhebenden Beiträge beraten; es wurde bestimmt, daß 1/4% der Lohnsumme an die Hauptstelle zu entrichten sei.

Katholische Fachabteilungen

Der Bezirk Magdeburg des christl.-soz. Metallarbeiterverbandes hatte am Sonntag, den 12. Juni cr. seine Mitglieder zu einer außerordentlichen Bezirksversammlung nach dem „Eiskeller“ in Sudenburg einberufen. Derselbe hatte den Zweck, sich mit der vor 14 Tagen erfolgten Gründung von Fachabteilungen innerhalb des kath. Arbeitervereins in Sudenburg zu befassen.

Der Referent tadelte mit scharfen Worten das Verhalten des Arbeitersekretärs Herrn Dr. Fleischer, welcher bei Gründung der Fachabteilungen anwesend war, sowie das Verhalten der großen Mehrheit der Mitglieder des kath. Arbeitervereins Sudenburg. 52 Mitglieder dieses Vereins gehören schon seit Jahren dem christl.-soz. Metallarbeiterverband an und nun kommt Herr Dr. Fleischer mit seinen Fachabteilungen, die bei weitem keine Ähnlichkeit mit einer Gewerkschaft haben und durchaus nicht die Anforderungen erfüllen, die man billigerweise an eine solche stellen muß. Denn Herr Dr. Fleischer erklärte im Arbeiterverein auf Befragen, daß nach den Statuten der Fachabteilungen der Streik verwerflich sei, daß alle Streitigkeiten nur auf friedlichem Wege geregelt werden müßten, und daß den Arbeitgebern die christliche Nächstenliebe und Gerechtigkeit gepredigt werden sollte, damit diese ihre Arbeiter auf gerechte und auskömmliche Weise entlohnen. Der Beitrag soll in den Fachabteilungen pro Woche 20 Pfg. betragen. Wenn es nun gar nicht zu verhindern ist, daß Mitglieder durch einen Streik in Mitleidenschaft gezogen werden, dann — ja dann sollte eine Unterstützung in der Höhe von Zweidrittel des verdienten Tageslohnes gezahlt werden. Während jede andere Organisation für die gleichen Beiträge die gleichen Unterstützungen zahlt, ist hierin eine Zurücksetzung der wenig verdienten Mitglieder zu erblicken; auch soll die Unterstützung nur von Fall zu Fall gezahlt werden, ein Recht darauf hat das Mitglied demnach nicht. Vor zwei Jahren besaß eine Bezirksvorsitzungsversammlung der christl. organisierten Metallarbeiter in Magdeburg, in welcher auch Herr Dr. Fleischer anwesend war, mit den Fachabteilungen. Er machte hier den Versuch, die Magdeburger christl. Arbeiter für die Fachabteilungen zu erwärmen und beantragte eine Resolution, nach welcher ihm die christl. organisierten Arbeiter hilfreiche Hand bieten sollten in der Errichtung von Fachabteilungen. Diese Resolution wurde einstimmig abgelehnt, Herr Dr. Fleischer meinte, er habe abgelehnt nichts gegen die christlichen Gewerkschaften einzuwenden. Auch gab er, freiwillig das Versprechen ab, dort, wo christl. Gewerkschaften schon Fuß gefaßt hätten, keine Fachabteilungen gründen zu wollen. Nach einiger Zeit nahm er aber doch, trotz seines Versprechens, Fühlung mit den kath. Arbeitervereinen in Halle a. S., Eisleben und Groß-Ottersleben, obwohl hier schon Zahlstellen des christl.-soz. Metallarbeiterverbandes bestanden. Der Erfolg war aber gleich Null, und nun wurde in Sudenburg systematisch bearbeitet. Nach einem Vortrag, den Herr Dr. Fleischer am 28. Mai d. J. Jahres im kath. Arbeiterverein zu Sudenburg hielt, zirkulierte eine Liste zum Einzeichnen. Eine Diskussion kam erst nach längerem Bemühen eines christlichen Metallarbeiters zu stande, nachdem sich schon 20 Mitglieder gezeichnet hatten. Mit dieser Gründung ist nun bedauerlich eine Zerspaltung der wenigen christl. Arbeiter im sozialdemokratischen Magdeburg hervorgerufen und wird auch hier, sobald sich einmal die Unzulänglichkeit der Fachabteilungen erweist, die Sozialdemokratie die besten Früchte einheimen.

Dem Vortrage des Herrn Krause schloß sich eine rege Debatte an und einstimmig beurteilte man die Kritiker der Berliner Richtung. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute am 12. Juni im „Eiskeller“ zu Sudenburg stattfindende Bezirksversammlung des christl.-sozialen Metallarbeiterverbandes spricht ihr Bedauern aus über die erfolgte Gründung von Fachabteilungen im kath. Arbeiterverein Sudenburg und die dadurch hervorgerufenen Zerspaltung der wenigen in der Diözese lebenden christlichen Arbeiter. Sie mißbilligt das Verhalten des Arbeitersekretärs Herrn Dr. Fleischer, da derselbe mit dieser Gründung zum am 15. Juni 1902 im Hofeshause zu Magdeburg gegebenes Versprechen: „In den Orten, wo christliche Gewerkschaften bestehen, keine Fachabteilungen gründen zu wollen,“ nicht gehalten hat. Sie erklärt an ihrer Organisation festhalten zu wollen, da nur diese eine sichere Gewähr bietet, die wirtschaftlichen Interessen der christl. Arbeiter selbstständig zu vertreten.“

Vermerkt ist noch, daß auch Herr Dr. Fleischer eine Fachabteilungsfreundliche geistliche Herren

trotz rechtzeitiger Einladung es vorgezogen haben, dieser Versammlung nicht zu erscheinen.

Vom rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlmarkt

Ueber die Tätigkeit des Stahlwerksverbandes wird von interessierender Seite der Köln. Volksztg. berichtet:

„Wenn man die Gesamtlage des Eisengroßhandels nach den Berichten des Stahlwerksverbandes beurteilen wollte, so würde man zu recht günstigen, aber wenig zutreffenden Ergebnissen gelangen. Der Stahlwerksverband kann ja mit seiner Tätigkeit und mit seinen Erfolgen zufrieden sein. Seine Verkäufe im Inlande haben stark zugenommen; der Verbrauch ist offenbar wesentlich gewachsen, und wenn auch die Ausfuhr zurückging, so ergab doch der Gesamtabsatz immer noch einen recht befriedigenden Arbeitsstand, welcher flotten Beschäftigung sichert. Bekanntlich umfaßt aber der Stahlwerksverband bisher nur Halbzeug und schwere Erzeugnisse, die Träger, Formeisen, Schienen und Eisen. Hierin hat er jetzt ja die Alleinherrschaft und die Macht, und die natürliche Entwicklung und wirkliche Lage des ganzen Eisenmarktes kann daher im Stahlwerksverbande allein nicht recht zum Ausdruck kommen und sich widerspiegeln. Außerhalb des Stahlwerksverbandes sieht das Bild des Eisengroßhandels eben ganz anders und nichts weniger als rosig aus. Die Lage aller Einzelverbände ist sehr schwierig. Sie laufen ernste Gefahr, zusammenzubrechen und dadurch eine schwere Erschütterung hervorzurufen. In fast allen Zweigen der Walzwerkserzeugnisse, die von Halbzeug abhängig sind und daraus hervorgehen, wird noch mit Verlusten, und zum Teil sogar mit sehr schweren gearbeitet, trotzdem die Beschäftigung und Arbeit zugenommen hat. Der Markt kann sich nicht erholen und zu verlustfreien, oder in etwa lohnenden Preisen sich emporschwingen — daran hat auch die Bildung des Stahlwerksverbandes bisher nicht viel zu ändern vermocht. Die Lage der weiter verarbeitenden, reinen Walzwerke, welche Halbzeug zu den bisherigen hohen Preisen kaufen müssen, bleibt sehr gedrückt, und die Hoffnung, daß der Stahlwerksverband einen baldigen Umschwung auch für die so sehr mitleidenden fertigen Erzeugnisse herbeiführen werde, hat bisher noch nicht sich erfüllt. Im Gegenteil sieht man in verschiedenen Zweigen, wie auf dem Blechmarkt und im Drahtgewerbe, schweren Zeiten entgegen, und vieles kommt so ganz anders, als man es bei der Bildung jenes Verbandes erwartet hätte. Wir haben stets vor übertriebenen Hoffnungen auf den Stahlwerksverband gewarnt, und tatsächlich sind dieselben durch die kürzlichen Maßnahmen derselben sehr herabgestimmt worden. Wir meinen die Aufhebung der Frachtgrundlage Steigen und die Herabsetzung der Ausfuhrvergütung, über welche die Verbraucher überhaupt keine Gewissheit noch nicht haben. Man wird vernünftigerweise vom Stahlwerksverbande keine Zeichen und Wunder erwarten können; aber die Frage: was wird, was kann er zur Hebung und Belebung der fertigen Erzeugnisse wirken und tun? wird nun doch bald brennend. Vermag er sie nicht zu lösen, so würden die traurigen Zustände und schmerzlichen Verhältnisse fortbestehen, wie unter dem früheren Halbzeugverbande — derselbe Faden, nur eine andere Nummer und damit auch die Notlage unseres Eisengroßhandels.“

„Auf dem Roheisenmarkte ist merkliche Besserung nicht zu verspüren. Der Bedarf für das nächste Jahresviertel ist gedeckt, und wenn Händler auch darüber hinaus schon für Käufe in Gießereiroheisen Meinung haben, so wird dieselbe wohl durch die Erwartung eines Preisaufschlages beeinflusst. Wir halten einen solchen aber für durchaus verfehlt und der Marktlage gar nicht angepaßt. Uebrigens bestärkt sich auch die Preiserhöhung für Luxemburger Roheisen nicht. Letzteres soll noch zu den bisherigen Preisen auch schon für das letzte Jahresviertel verkauft werden. Der Absatz von Roheisen für die reinen Hochofen bleibt mangelhaft, ihre Lage daher schwierig. Die gemischten Werke können ja besser sich ausbilden durch den eigenen Verbrauch. Die Ausfuhr stößt noch immer, und die Hoffnungen auf Hebung derselben sind einstweilen noch gering. Die fremden Märkte zeigen selbst Abschwächung. Die englische Einfuhr und der Wettbewerb einer östlichen Güte machen dem Roheisenhändler viel zu schaffen und zwingen es in einen scharfen Verteidigungskampf hinein. Vor verschiedenen Sorten hat Gießereiroheisen wohl den lebhaftesten, Budeleisen den schwächsten Absatz. Die Preise sind unverändert; man zählt für Luxemburger Budeleisen Nr. 56 ab Luxemburg; für Qualitätsroheisen Nr. 56, für Stahlroheisen Nr. 58 ab Siegen, für Thymasroheisen Nr. 57, 58, frei Verbrauchsstelle, für Gießereiroheisen, Nr. 1 und Hamati Nr. 66—67, für Roheisen, Nr. 3, Nr. 62—63, die Tonne ab Hütte.“

„Das Geschäft in Halbzeug hat sehr lebhaft sich gestaltet, und der Ausweis des Stahlwerksverbandes zeigt Zunahme des Bedarfs im Inlande und guten Arbeitsstand. Als der Stahlwerksverband gestiftet war, trat eben noch langer Zurückhaltung starkes Kaufbedürfnis hervor; aber die Ausfuhr ist gegen das verfloßene Jahr merklich zurückgegangen. Immerhin stehen noch große Bestände im Buche, und man muß gespannt sein, ob die demnächst in Brüssel weiter stattfindenden Verhandlungen mit dem be-

Aus den Vereinen.

unter schulpflichtigem Alter. Sogar hat man einen alten ergrauten Arbeiter, der ein sogenanntes Gnadenpöschchen mit freier Wohnung inne hat, mit herauswerfen bedroht, wenn er seine beiden Söhne, Maurer, die sich mit ihren Kollegen solidarisch erklärten, nicht zur Wiederaufnahme der Arbeit veranlassen könnte.

Diese Vorfälle sind geeignet der indifferenten Arbeiterschaft die Augen zu öffnen und der Organisation zu zuzuführen, hauptsächlich gilt dieses für die Metallarbeiter in den Hütten- und Walzwerken, die überhaupt beinahe nicht zu begeistern sind für ihre Interessen einzutreten, nämlich sich zu organisieren und geradezu teilweise ungeschulte anstrengende und aufreibende Arbeit zu leisten haben. Diese sollten an erster Stelle einsehen, daß nur durch Organisation ihre Lage zu bessern ist.

Arbeiterbewegung.

Brühl. Bei Riefernagel wegen Lohnforderung Differenzen ausgebrochen.

Allagen. Wegen Lohnforderungen Differenzen ausgebrochen.

Wühlhausen. Differenzen der Blechschmiede.

Brackebe. Zieh- und Stanzwerk.

Flrth. Aussperrung der Schläger. Zugang ist ferngehalten.

Lübeck. Die Aussperrung auf der Kochschen Werft ist beendet.

Wir ersuchen die Kollegen bei Streik, Aussperrungen oder sonstigen Differenzen, uns wenigstens wöchentlich einen Situationsbericht zuzusenden.

Münsterberg. Die Bewegung der Arbeiter in der Metallwarenbranche, hat einen ziemlich günstigen Verlauf genommen. Bewilligt wurde vom 15. Juli ab: Arbeitszeit 57 Stunden pro Woche, vom 1. Januar 1905 ab 56 Stunden. Für ausgelernte Arbeiter im ersten Jahre nach der Lehrzeit 30 Pfg., im zweiten 32 Pfg. Mindestlohn pro Stunde, Werkzeugschlüssel 35 Pfg. Ferner 5 Prozent Lohnerhöhung für alle Arbeiter; für Ueberstunden 5 Proz., für Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag. Bei Akkordarbeit wird der Stundenlohn garantiert.

Bruchhausen. Die Lohnbewegung unter den Bauhandwerkern und Bauhilfsarbeitern der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ ist für die Arbeiter ergebnislos verlaufen; ein großer Teil der Arbeiter hat die Arbeit unter den alten Bedingungen bei der aufgenommen. Einzige Privatfirmen, über welche seitens der Streikenden die Sperre verhängt war, haben den von der Lohnkommission unterbreiteten Tarif bewilligt; andere dagegen verhalten sich den Forderungen der Arbeiter gegenüber ablehnend. Der Streik darf im großen und ganzen als beendet betrachtet werden. Was die Forderungen der Bauhandwerker anbelangt, so kann man dieselben nicht als übertrieben bezeichnen. Man verlangte gegenüber den bisher zwischen 36 und 45 Pfg. schwankenden Löhnen einen Stundenlohn von 50 Pfg. für vollwertige Arbeiter. Diesen Satz hat die Firma früher auch gezahlt. Einen Erfolg hat indessen die Lohnbewegung gezeitigt: die Organisationen, besonders auch die Marx-Locher Ortsgruppe der christlichen Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter haben einen ansehnlichen Zuwachs zu verzeichnen.

In **Münster** ist die große Aussperrung der christlichen Bauhandwerker und Holzarbeiter zu gunsten der Arbeiter verlaufen. Verlangten die Unternehmer anfangs, die Arbeiter sollten aus der Organisation austreten, so haben dieselben nicht nur diese Forderung fallen lassen, sondern nahher, wie das Organ des christl. Holzarbeiterverbandes berichtet, einen Tarif mit den Arbeitern vereinbart, wonach die Löhne um 6-10 Pfg. pro Stunde erhöht wurden. Gewiß ein recht schöner Erfolg.

Die beiden Kämpfe in Bruchhausen und Münster stellen so recht den großen Gegensatz dar, zwischen Klein- und Großbetrieb. Die Klein-Arbeitgeber in Münster konnten ihren Arbeitern in Lohnaufbesserung gewähren, dagegen das Riesenwerk „Deutscher Kaiser“, welches tausende von Arbeitern beschäftigt, kann es nicht oder besser tut es nicht.

Diese Gegenüberstellung zeigt auch, wie schwer es ist, mit dem Großkapital in den Fabriken den Kampf zu führen und ihn etwas abzumengen.

Anträge zur Generalversammlung.

Ortsgruppe Kalk. 35 Pfg. Wochenbeitrag erheben, die 5 Pfg. Mehrbetrag für Anstellung von Agitationsleitern zu verwenden.

Gildesheim, Lauterbach. Organ möge wöchentlich erscheinen.

Sagen. Titel des Verbandes in „Centralverband christlicher Metallarbeiter Deutschlands“ umzuändern.

Arnsberg. Die christl. Gewerkschaftsbewegung erschließt sich immermehr der hiesigen Gegend. Am Feiertagsnamstage fand 3 1/2 Uhr im Saale des Herrn Pet. Schmitz in Bruchhausen bei Arnsberg eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Gilling referierte. Derselbe tabelte zunächst die Lausheit der Arbeiter für ihre Interessen. Stellt es denn mit dem Arbeiterstand so gut, daß sie sich nicht zu bewegen brauchen? Er schilderte ferner, daß die Verhältnisse nicht mehr wie früher sind, sondern viele Unternehmer sehen hauptsächlich nur auf Gewinn. Andere Stände wissen sich besser zu organisieren; die Arbeiter veräumen dieses meistens und ist doch durch Zusammenschluß eine Hebung des Standes notwendig. Noch viel mehr Begeisterung für die christliche Bewegung müssen wir zeigen; die Sozialdemokraten tun für ihre Bestrebungen viel mehr. Wollen sie doch auch das Sauerland mit ihren sozialdemokratischen atheistischen Grundsätzen beglücken und daß sie dieses auch versuchen, ersehen wir daraus, weil Sonntag für Sonntag sozialdemokratische Agitatoren unsere Berge bereifen. Wir christl. Arbeiter haben doch unser Ideal, welches wir hoch zu halten verpflichtet sind und deshalb auch die christl. Grundsätze verteidigen müssen. Der Arbeiterstand muß sich auch noch mehr bilden, um den Bedarf zu heben, um schrittweise vorwärts zu kommen, ferner die Arbeiterschutzgesetze besser kennen zu lernen suchen.

Kollege Schröder besprach die Nützlichkeit des Zusammenschlusses der Arbeiter in Berufsverbände und Kollege Riesheuer erläuterte in längerer Ausführung die Bedeutung und hohe Aufgaben des christl. sozialen Metallarbeiterverbandes, deshalb hinein in den christlichen Metallarbeiterverband. Hierauf ließ sich noch eine Anzahl in die Mitgliederliste des Verbandes einzeichnen und somit ist wieder eine Zahlstelle unseres Verbandes im Sauerlande mehr. — Nur immer so weiter, alle Mann agitieren bis der letzte Arbeiter organisiert ist.

Bremen. Am 18. Juni fand hier eine gemeinsame Versammlung statt, an welcher Textil-, Holz- und Metallarbeiter teilnahmen. Das Referat hatte Kollege Campz-Waldst übernommen, welcher in 1 1/2 stündigem Vortrage über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im allgemeinen und hier am Orte sprach. Redner führte die Schuld der vielfach mißlichen Verhältnisse der Arbeiter hauptsächlich auf das Verhalten der Arbeiter selbst zurück, da sie es noch nicht verstanden hätten, sich in der Organisation geschlossen zusammenzufinden. Dies trifft auch ganz besonders für Bremen zu, wo noch so viele Kollegen unorganisiert seien, trotzdem die Unternehmer uns gar keine Schwierigkeiten machten, sondern bei etwaigen Streitigkeiten sogar mit den organisierten Arbeitern verhandeln wollten. Anders sei dies in Westfalen und anderen Distrikten, wo die Unternehmer jede Organisation der Arbeiter zu sprengen suchten, und so es manchmal schwer halte, ein Lokal für die Versammlungen zu erhalten. Ein weiterer Fehler liege in der geringeren allgemeinen Bildung und sozialen Schulung der Arbeiter. Man müsse auch mehr bestrebt sein, wirklich gute und brauchbare Arbeit zu liefern, woran es öfters mangle. Ganz besonders bedauerliche Redner die auch hier stark verbreitete Fabrikarbeit verheirateter Frauen; dieser Uebelstand müsse beseitigt werden, die Frau gehöre ins Haus, dort habe sie genügend Arbeit. Er schloß Redner seine Ausführungen mit dem Appell an alle, den christlichen Gewerkschaften beizutreten und dieselben tätig zu sein. Allgemeiner Beifall folgte. Hierauf entfaltete sich eine rege Diskussion, woran viele Mitglieder, besonders aber die Vorsitzenden der verschiedenen Berufsgruppen sich beteiligten. Die Versammlung wurde nach anregendem Verlauf mit einem Hoch auf das Blühen und Gedeihen der christlichen Gewerkschaften geschlossen.

Dresden. In unserer Versammlung am 4. Juni sprach Herr Dieze-Döbtau über Gewerbegerichte. Redner vertrat sich eingehend über die Zusammensetzung und Rechtsprechung der Gewerbegerichte und hob besonders die Schnelligkeit und Billigkeit der Rechtsprechung hervor, welche für die Arbeiter besonders von großem Vorteil gegenüber dem früheren Zustand sind, wo dieselben gezwungen waren, ihr Recht durch ein umständliches Verfahren vor dem Amtsgericht gegenüber dem Arbeitgeber zu erkämpfen. Der als Gast anwesende Leiter des sozialen Unterrichtskurses, Herr Ziegenfuß, sowie der Vorsitzende, Kollege Rirschbaum forderten die Anwesenden zu eifriger Verbandsagitation auf, jeder muß zur Versammlung ein neues Mitglied mit bringen, dann wird es auch vorwärts gehen.

Spöck (Pfalz.) Der Ortsverein Spöck hielt am Sonntag, den 12. Juni seine erste öffentliche Versammlung ab. Dieselbe war in Anbetracht, daß derselbe erst seit Dezember vorigen Jahres besteht, gut besucht. Unser Bezirksleiter, Kollege Samstag aus Mannheim, hat sich zum Thema: Christliche Gewerkschaften und deren Ziele, gewählt.

Redner verstand es vorzüglich, die Anwesenden über Bestehen u. Nutzen der christlichen Organisation aufzuklären, sowie über die Pflicht der Mitglieder, sich durch die Organisation soviel wie möglich über die bestehenden Arbeiterschutz- und Versicherungsgeetze zu unterrichten. Redner wies darauf hin, daß Arbeiter durch Unkenntnis

dieser Geetze oft Schäden erlitten hätten, und es daher im Interesse des Arbeiters liege, sich möglichst gut darüber zu unterrichten. Sehr schön gelang es dem Redner, zu beweisen, daß, wenn die große Masse der Arbeiter in der Lage sei, mehr zu verdienen, sie auch mehr konsumieren müßten, mithin auch eine größere Produktion nötig sei und dadurch die Arbeitsgelegenheit vermehrt wird. Weiter bedante Redner, daß die christlichen Organisationen wirklich bestrebt sind, dem Arbeiter zu helfen, und in zahlreichen Fällen es ihnen gelungen ist. Der freien oder sozialdemokratischen Organisation könne sich kein christlicher Arbeiter anschließen, weil freie Gewerkschaft und Sozialdemokratie, wie Bismarck sagt, eins sind. Auch habe die Sozialdemokratie durchaus nicht immer das Arbeiterinteresse vertreten, so hat die Sozialdemokratie gegen die Geetze gestimmt, die in den Parlamenten zu gunsten der Arbeiter eingebracht wurden. Heute aber gebirgt sie sich, als wenn sie allein alles gemacht hätten. Zu Schluß forderte Redner alle Arbeiter, die noch auf christlichen Grundsätzen und auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung stehen, auf sich nur der christlichen Organisation anzuschließen.

In der Diskussion glaubte ein Herr einiges kritisieren zu müssen, tat dieses jedoch in der besten Absicht. Kollege Futterknecht-Mannheim stellte die Sache richtig und führte noch aus: Die Notwendigkeit der Organisation ergebe sich schon aus dem freien Arbeitsvertrage, die Notwendigkeit der christlichen Organisation ergebe sich ferner daraus, daß es ein christlicher Arbeiter in diesen freien Organisationen wegen der Allzugroßheit „Freiheit“ seiner Kollegen nicht aushalte, er selber habe das eigene Weibe erfahren, da er schon dort organisiert war.

Trotz öfterer Aufforderung, wenn etwa Wagner wären, die mit den Ausführungen des Referenten nicht einverstanden seien, sich ungeniert auszusprechen, meldete sich niemand.

Kollege Lüdtke aus Frankenthal wies noch darauf hin, daß infolge der Steigerung der Produktion und infolge der maschinellen Einrichtungen und fortschreitenden Technik es durchaus kein Umding sei, daß 8-stündige Arbeitszeit eingeführt werde (der 8-Stundentag wurde von einem Herrn als Umding bezeichnet), sondern sehr wohl in vielen Erwerbszweigen möglich sei. Er führte als Beweis einige Beispiele der Produktionssteigerungen an. Dann gestellte er das Verhalten der freien Gewerkschaftspresse, wie auch die Bibliotheken der freien Gewerkschaften, wie: Pfaffenspiegel usw. seien durchaus nicht notwendig zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter. Damit würden die Gefühle der christlichen Arbeiter verletzt und ein christlicher Arbeiter gehört nur in eine christliche Organisation und muß an anderen weit von sich weisen.

Oben wollte der Vorsitzende, Kollege Mannsheim-Stein dem Referenten das Schlusswort erteilen, da er aber sich ein „freier“ Kollege und führte unter großer Anstrengung — den wenigsten verständlich, — das Spiel von dem Ulmer Spag an, da es den Christlichen nicht gelinge, die sog. Freien zu vernichten, so verließen sie auf diese Weise den Saal hineinzufragen. Aber der gute Mann (Adam Orienn ist sein Name) die „neuen“ Witz erhascht hat, hat er uns nicht verraten.

Kollege Samstag wies im Schlusswort diesen Heißgründlich zurück, indem er sagte, daß er doch erwartet hätte, daß der Gegner, nachdem er sich zum Widerspruch gemeldet, auch zur Sache sprechen würde, da er die nicht getan und mit so nichtsfördernden Wippen seine Gelegenheit glaubte verstreuen zu können, mußte man dies einfach als feige bezeichnen. Der Referent forderte nochmals alle Anwesenden auf, sich der christlichen Organisation anzuschließen.

Beifälliger Beifall lohnte dem Redner für seine Ausführungen, dem Adam wird aber die Wahrheit, die er am Sonntag gesagt wurde, noch lange in den Ohren klingen. Er kam jedoch am besten dadurch sich rächen, daß er diese Wahrheit seinen Gesinnungsgenossen, doch jedenfalls auch „empor zum Licht“ ringen, kräftig ins Ohr rufte.

Mit herzlichem Dank für den Redner schloß der Vorsitzende die Versammlung, die Anwesenden auf dem, soweit sie sich zu den christlichen Grundsätzen kennen, auch die christliche Arbeiterfrage zu unterstützen und unserer Organisation beizutreten.

Hütten. Im hiesigen Gesellenhause tagte eine öffentliche Arbeiterversammlung, in welcher Kollege Gilling als Referent auftrat. Derselbe drückte seine Freude über den zahlreichen Besuch aus, obwohl sonst die Arbeiter genügende Mühseligkeit für ihre Interessen zeigen. Dies müsse anders werden, denn wir, als Metallarbeiter, stehen vor schweren Zeiten; es werden noch schwere wirtschaftliche Kämpfe kommen. Auch das Sauerland wird nicht da verschont bleiben, einerseits gegen die Sozialdemokratie andererseits weil die Industrie immer weitere moderne Einrichtungen trifft. Deshalb müssen alle Arbeiter organisiert sein, denn die unorganisierten sind nachher die Beklammerten, weil sie ohne Stütze sind.

Also hinein alle in den christlichen Metallarbeiterverband. Herr Vikar Koch schloß sich den Ausführungen an und ergänzte noch, nur in christlichen Gewerkschaften zu vereinigen, weil dort die wahre Neutralität zu finden sei. Dann müsse eine Elitegruppe herangebildet werden.

